

Liebe Teilnehmerinnen und Teilnehmer,

ich beginne mit einer Vorstellung unseres Vereines BUND-BIK:

BUND-BIK ist die Abkürzung des Bundes der Immigrantenvereine türkischer Herkunft für Bildung, Integration und Kultur in Baden-Württemberg e.V. BUND-BIK strebt zum einen das Ziel an, die GEMEINSAMEN INTERESSEN DER MIGRANTEN bei BILDUNG, INTEGRATION und KULTUR zu vertreten. Zum anderen will BUND-BIK GEMEINSAM HANDELN und die Minderheitenrechte im Rahmen der Verfassung durch Gesetze absichern.

Nun folgt im Rahmen von „Arbeitskreis 10“ und „Arbeitssitzung 11“ eine Bestandsaufnahme der Situation der Arbeiterimmigranten in der Bundesrepublik Deutschland.

1. Zur Migrationsproblematik

In der 49-jährigen Geschichte der Migration in der Bundesrepublik Deutschland wurde die sogenannte „Ausländerpolitik“ in erster Linie nach wirtschaftlichen Interessen geführt. Mit dem Motto „Deutschland ist kein Einwanderungsland“ wurde seit Jahrzehnten bis 1998 keine reale Politik gemacht. Heute stehen die Immigranten vor den schwerwiegenden Folgen jahrzehntelanger Fehlpolitik, die ernsthafte bildungspolitische, kulturelle, soziale und Integrationsprobleme hervorgebracht hat.

Deutschland verweigert heute der ersten Generation, die „Doppelte Staatsangehörigkeit“. Sie sind immer noch „Gastarbeiter“, „Ausländer“ und haben kein kommunales Wahlrecht. Für die zweite und dritte Generation der Arbeiterimmigranten brachte das neue im Jahre 2000 in Kraft tretende „Ausländergesetz“, dass auch sie keine „Doppelstaatsangehörigkeit“ haben dürfen. Sie müssen sich, spätestens nach Vollendung des 23. Lebensjahres, entweder für die deutsche Staatsangehörigkeit oder für die Heimatlandsstaatsangehörigkeit ihrer Eltern entscheiden. Das deutsche Ausländerrecht verstößt hiermit gegen die deutsche und europäische Verfassung. Zum Beispiel: Doppelte Staatsbürgerschaft wird den EU-Bürgern und Schweizern gewährt, den Türken nicht.

Der zeitliche Abstand zwischen der Vernachlässigung in der Integration und den in den letzten Jahren von der Politik eingeführten Maßnahmen ist zu groß. Diese Situation stellt für den sozialen Frieden in der Gesellschaft eine große potenzielle Gefahr da. Daher muss eine ehrliche reale Politik mit entsprechenden Maßnahmen konsequent ein- und durchgeführt werden.

In Deutschland versteht man in der Gesellschaft und in der Politik unter Integration in erster Linie „die Assimilation“. Dies beweist die Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung aus dem Jahre 2006, welche besagt, dass rechtsextremes Gedankengut in der Mitte der deutschen Gesellschaft verankert ist.

Wir, Immigranten wollen in dem Land, in dem wir heute leben, im demokratischen und verfassungsrechtlichen Rahmen, mit unseren Pflichten als auch mit unseren Rechten, weiter im sozialen Frieden leben und arbeiten.

2. Bildungsproblematik

Nachdem die Bundesrepublik Deutschland im Jahre 1998 offiziell anerkannt hat, dass das Land defacto „Immigrantenland“ geworden ist, folgt eine Bestandsaufnahme über die letzten 10 Jahre in der Bildungssituation der Immigrantenkinder und –jugendlichen in Deutschland:

Sie sind die größte Gruppe, die fast keine Chancen hat, eine Lehrstelle für eine Berufsausbildung und einen Arbeitsplatz zu bekommen.

~~Einflussfaktor~~ an Chancengleichheit aus. Die ILSA- und IGLU-Studien erbrachten den Nachweis, dass Kinder aus niedrigeren Sozialschichten allgemein geringe Chancen auf einen höheren Bildungserfolg haben.

3. Kulturproblematik

Die kulturellen Werte der Weltgeschichte sind sicherlich die wertvollsten Schätze der Menschheit. Wir wollen, dass man unsere Sprache und Kultur auch respektiert und diese auch fördert.

4. Intoleranz und Diskriminierung gegen Moslems

Die Immigranten in Deutschland werden heute von Rassistengruppen angegriffen. Die Parteien der Rassistengruppen werden geduldet und finanziell unterstützt. Die Religion Islam wird heute mit dem politisch motivierten Terror gleichgestellt. Das ist nicht der wahre Glaube im Islam. Wir fordern von Politikern, dass der Islamunterricht in öffentlichen Schulen bundesweit angeboten wird, um den politisch motivierten Gruppen bei der Glaubensfrage entgegenwirken zu können.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit!